

## **Falsche Identität in Wien: Polizei fasst gesuchte Kriminelle!**

Beamte haben in Wien eine ungarische Staatsangehörige festgenommen, die versuchte, ihre Identität zu verbergen.

**Wien, Österreich** - Gestern, am 19. März 2025, wurde ein brisantes Verbrechen im Herzen Wiens aufgedeckt. Beamte der Bereitschaftseinheit Wien kontrollierten die Mariahilfer Straße, als sich eine 34-jährige ungarische Staatsbürgerin versuchte, durch falsche Personalangaben ihrer Identität zu entziehen. Doch die aufmerksame Polizistin kannte die Frau bereits aus früheren Einsätzen. Daher konnte schnell ihre wahre Identität ermittelt werden. Ein ungarischer EU-Haftbefehl lag wegen mehrfacher Vermögensdelikte mit erheblichem Schadensausmaß vor – ein denkbar schlechter Schachzug für die Kriminelle, die gerade versuchte, der Polizei zu entkommen. Wie auf [vienna.at](https://www.vienna.at) berichtet, erfolgte die Festnahme umgehend, und die Frau wurde nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Wien in eine Justizanstalt gebracht.

### **Rechtslage für Beamte und Residenzpflicht**

Im Kontext dieser Festnahme wirft der Fall auch Fragen zur Residenzpflicht auf, die für Beamte von besonderer Bedeutung ist. Das Beamtenrecht legt fest, dass Bundesbeamte eine Wohnsitzwahl treffen müssen, die die Erfüllung ihrer Dienstpflichten nicht beeinträchtigt. Dies bedeutet, dass Beamte nicht weit von ihrem Dienstort wohnen sollten, um sicherzustellen, dass sie pünktlich sind und ihre Arbeit ordnungsgemäß ausführen können. Dies könnte Grundlagen für weitere Entscheidungen über Beamte darstellen, wie sie ihre

Wohnsitze wählen und wo sie leben, um den Anforderungen ihrer Dienststelle gerecht zu werden, wie **forum.oeffentlicher-dienst.info** erklärt.

Ein Verstoß gegen diese Residenzpflicht kann als Dienstvergehen eingestuft werden, was für betroffene Beamte ernsthafte Konsequenzen haben kann, einschließlich der Möglichkeit einer Entlassung. In Zeiten von Großereignissen oder Krisen können Beamte sogar verpflichtet werden, sich in der Nähe ihrer Dienstorte aufzuhalten, um jederzeit einsatzbereit zu sein. Solche Regelungen sind essentiell, um die Funktionsfähigkeit der gesamten Behörde zu gewährleisten. Der Fall der ungarischen Staatsbürgerin ist ein Beispiel für die Notwendigkeit von klaren festgelegten Rechten und Pflichten in der Verwaltung.

Details	
<b>Vorfall</b>	Betrug
<b>Ursache</b>	falsche Personendaten
<b>Ort</b>	Wien, Österreich
<b>Festnahmen</b>	1
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.vienna.at">www.vienna.at</a></li><li>• <a href="http://forum.oeffentlicher-dienst.info">forum.oeffentlicher-dienst.info</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**